

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 37

Artikel: Der Aussenhandel in der Sowjetpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076397>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Aussenhandel in der Sowjetpolitik

Erste von zwei Fortsetzungen

Der Aussenhandel der Sowjetunion ist einzigartig.

Eine Regierung bestimmt durch einen Wirtschaftsplan die Bedürfnisse; dieser Wirtschaftsplan selbst steht im Dienste einer bestimmten Politik. Da aber im Verlauf der Erfüllung des Plans immer wieder politische Bedürfnisse auftreten, die den langfristigen Dispositionen der Wirtschaft widersprechen, wird gerade im Aussenhandel ständig kurzfristig umdisponiert; er wird ohne Rücksicht auf die Wirtschaft dauernd der Politik dienstbar gemacht.

Im Westen entscheidet der Konsument weitgehend, welche Waren importiert werden. Schädigt eine so gesteuerte Einfuhr die nationale Wirtschaft, so greift der Staat korrigierend ein: Zoll, Kontingente, Handelsverträge mit Meistbegünstigungsklausel und Reziprozität sind seine Mittel.

Werden jedoch Produktion und Verteilung durch einen Plan bestimmt, so braucht der betreffende Staat andere Mittel, um sich vor dem Ausland abzusichern. In der Sowjetunion schreibt der Staat durch Gesetz vor, welcher Anteil des Nationalprodukts wiederum investiert wird. Um das durchzuführen, muss er den Wohlstand seiner Bürger kontrollieren, und zwar im Sinne einer künstlichen Tiefhaltung. Würde sich allzu rasch ein Wohlstand entwickeln, so wäre die Marge, die für Reinvestierung in der Produktion übrigbleiben muss, gefährdet.

Dazu muss der Staat Menge und Güte der herzustellenden Güter — von den Investitionsgütern der Schwerindustrie bis zum letzten Konsumartikel — vorschreiben. Dies ist in seiner Absicht keine Schikane, wenngleich es sich als solche auswirkt. Es ist die streng logische Folge des Ehrgeizes, die Wirtschaft der Politik unterzuordnen und die Planung als Mittel dazu zu benutzen.

Es wird somit auch das importiert, was der Staat will, und nicht das, was der Konsument wünscht.

Planwirtschaft wird eingeführt, wenn die freie Wirtschaft nicht genügt. Die freie Wirtschaft genügt aber nur in zwei Fällen nicht: Erstens, wenn aus einer Notlage heraus ein nicht mit der normalen Natur des Menschen vereinbarer, also streng genommen unmenschlicher Fortschritt erzwungen werden soll. Dafür geben die Entwicklungsländer, die in Jahren Jahrhunderte aufholen müssen, ein Beispiel. Zweitens genügt die freie Wirtschaft nicht, wenn eine Regierung politische Absichten hat, die einem normalen Verkehr und damit einem normalen Güterverkehr zwischen Staaten zuwiderlaufen.

Für die Sowjetunion galten gleich zu Beginn beide Bedingungen. Die erste, technische, gilt heute nur noch beschränkt; die zweite, politische, gilt hingegen nach wie vor unbeschränkt.

Das Aussenhandelsmonopol

Zollmassnahmen reichen nicht aus, wie Lenin gleich erkannte. «Keine Zollpolitik kann in der Epoche des Imperialismus ... wirksam sein», erklärte er 1921; «... jeder reiche Industriestaat kann einen Zollschatz brechen. Er braucht nur eine Ausfuhrprämie auf dem Export jener Waren nach

Russland einzuführen, die bei uns mit einer Zollprämie belegt sind. Jeder beliebige Industriestaat hat dafür Geld mehr als genug, und das Ergebnis wäre, dass jeder beliebige Industriestaat unsere Industrie ganz sicher vernichten würde ... Es kann (unter diesen Umständen) nur vom System des Aussenhandelsmonopols die Rede sein.»

Das Aussenhandelsmonopol muss aber auch die Währung des Staates schützen. Innerhalb des durch ein solches Monopol gesicherten Staates kann eine unabhängige Preisstruktur errichtet werden. Der Staat ist jetzt in der Lage, eine ihm geeignete scheinende Preispolitik zur Erreichung seiner Ziele zu betreiben.

Die Sowjetunion ist tatsächlich eine Preisinsel. Das Aussenhandelsmonopol besteht in der UdSSR seit April 1918. In den Volksdemokratien begann es damit, dass Polen und die Tschechoslowakei auf Befehl Moskaus die Marshallhilfe ablehnen mussten, worauf 1948 der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Komekon) gegründet wurde und die Kontrolle des Aussenhandels übernahm.

In einer freien Wirtschaft muss überdies normalerweise sowohl auf dem Import wie auf dem Export je ein Gewinn erzielt werden. Nun kann sich eine Firma ausnahmsweise leisten, einen Gewinn aus einer Transaktion in einer anderen zu investieren, die sie aus bestimmten Gründen, wenn auch mit Verlust, unbedingt durchführen will. In der Sowjetunion gibt es letztlich nur eine Firma: den Staat. Er kann dieses Spiel auf der ganzen Linie betreiben. Er kann selbst Verluste auf der ganzen Linie in Kauf nehmen.

Als Kompensation setzt er das künstlich gestaltete Preisniveau und die gesteuerte Produktion im Innern so ein, dass seine Bürger weniger bezahlt werden, mehr arbeiten müssen und deshalb weniger Waren kaufen. Sie tragen also durch Mehrarbeit und Einschränkungen den Verlust, den der Staat aus Gründen der Politik und der Planwirtschaft in Kauf nimmt. Auch die Zwangsarbeit spielt in der Sowjetunion eine wirtschaftlich, nicht nur politisch, wichtige Rolle.

Nur fragt sich, woher der Staat das Bargeld nimmt, das er für Geschäfte mit dem Ausland, für die Entwicklung neuer Industrien neuerdings für die Hilfe an unterentwickelte Länder doch nötig hat.

Zwei Mittel seien hier angegeben: Einmal kann die Schraube im Innern soweit angezogen werden, dass nicht nur Verluste gedeckt werden, sondern noch ein Gewinn herauskommt. Die Devisen, die der Staat für Exporte zu Schleuderpreisen einnimmt, und die in einer freien Wirtschaft nur einen Teil der Kosten decken würden, bleiben somit zum schönen Teil doch als Reingewinn beim Staat. Dann verkauft die Sowjetunion sporadisch Gold im Ausland. Gold besitzt im Innern des Ostblocks praktisch keinen Wert. Es kann zum Selbstkostenpreis der Gewinnung (die dazu noch teilweise Zwangsarbeit ist) und des Transports ins Ausland verfrachtet werden, wo es buchstäblich sein Gewicht in Gold einbringt.

«Nur unter dem Schutz des Aussenhandelsmonopols kann der Sowjetstaat un-

gestört den staatlichen Wirtschaftsplan verwirklichen, und die staatliche Planwirtschaft ist die Grundlage und das Wesen des Sowjetsystems», sagte Leo Krasin, der Organisator des Aussenhandelsmonopols.

Wie das Monopol funktioniert

Das Monopol wird vom Aussenhandelsministerium verwaltet. Ihm unterstehen Verhandlungen mit dem Ausland, Bestimmung von Menge und Güte der Exporte und Bezugsort der Importe, das Zollwesen und besonders die Tätigkeit der sowjetischen Wirtschaftsdelegation im Ausland wie der Aussenhandelsunternehmen im Inland.

Der Aussenhandelsminister ist Mitglied des Ministerrates, seine Pläne sind Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes und durch Partei und Staatsbehörden zu genehmigen.

Administrativ ist der Aussenhandel in Branchen aufgeteilt, für welche «Handelsfirmen», die blosse Zweigstellen des Ministeriums mit beschränkter Kompetenz sind, organisiert wurden. Man kennt ihrer etwa dreissig. Eine im Westen allgemein bekannte Firma dieser Art ist die «Intourist», welche den gesamten Tourismus von Ausländern in der UdSSR und Sowjetbürgern im Ausland besorgt. «Technoexport» betreut die Maschinen, «Sovexportfilm» den Vertrieb sowjetischer Filme im Ausland usw.

Die ständigen Wirtschaftsdelegationen im Ausland sind den diplomatischen Vertretungen angegliedert. Sie treten für alle «Aussenhandelsfirmen» gesamthaft auf, womit diese die Kosten eigener Vertretungen sparen, und arbeiten als Einkaufs- wie Verkaufsagenten.

Zwei Fragen

Für den in der freien Wirtschaft aufgewachsenen Beobachter stellt sich nun die normale Frage eines jeden Handel treibenden Bürgers, der einem solchen Phänomen gegenüber steht: Ist ein solcher Staat als Partner interessant oder nicht?

Die erste, technische Frage lautet: Hat ein solches System die Tendenz, den Aussenhandel zu fördern oder zu drosseln?

Die zweite, staatsbürgerliche und wirtschaftlich auf lange Sicht wichtige Frage lautet: Ist ein solcher Handel wie jeder andere Handel zu bewerten, oder liegen ihm besondere Risiken wirtschaftlicher oder politischer Art zugrunde?

Die erste Frage ist mit der Geschichte des Aussenhandels der Sowjetunion verhältnismässig leicht und eindeutig zu beantworten.

1921—1932: Import — ja

Die Räterepublik war 1918 in einer so schwierigen Lage, dass nach Krasin «die Rote Armee das Land verteidigen (und) das Aussenhandelsmonopol alle wirtschaftlichen und finanziellen Eingriffe des Auslandes abweisen» musste. Der Aussenhandel kam praktisch zum Stillstand.

Die Stabilisierung des Regimes nach einer gewaltsamen Unterdrückung ging Hand in Hand mit einer bescheidenen Liberalisierung, die besonders durch die Bauern, die erbittert Widerstand leisteten und in ihrer Verzweiflung nicht mehr produzierten, erzwungen wurde.

Fortsetzung folgt